

Lisa Yashodhara Haller

Elternschaft im Kapitalismus

Staatliche Einflussfaktoren auf die
Arbeitsteilung junger Eltern

campus

Elternschaft im Kapitalismus

Reihe »Politik der Geschlechterverhältnisse«
Band 57

Herausgegeben von Ina Kerner, Cornelia Klinger, Eva Kreisky,
Andrea Maihofer und Birgit Sauer

Lisa Yashodhara Haller, Dr. rer. pol., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Recht sozialer Dienstleistungen der Stiftung Universität Hildesheim.

Lisa Yashodhara Haller

Elternschaft im Kapitalismus

Staatliche Einflussfaktoren auf die Arbeitsteilung
junger Eltern

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Diese Publikation wurde von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert.

Hans **Böckler** **Stiftung**

Dissertation, Universität Kassel, Fachbereich 05 Gesellschaftswissenschaften,
Disputation: 10.12.2015

ISBN 978-3-593-50777-4 Print
ISBN 978-3-593-43711-8 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2018 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln

Lektorat: Claudia Boujeddayn

Gesetzt aus der Garamond

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

1	Einleitung.....	9
1.1	Elternschaft: Zwischen romantischen Visionen und kapitalistischer Realität	9
1.2	Methodik der Untersuchung.....	13
1.3	Aufbau der Untersuchung.....	14
2	Die Bestimmung der Form zur Analyse von Tätigkeit	17
2.1	Der Forschungsbedarf.....	20
2.1.1	Der formanalytische Zugang.....	22
2.1.2	Die Verknüpfung von Makro- und Mikrotheorien	24
2.2	Geschlecht als Tätigkeit.....	26
2.2.1	Die interaktive Herstellung von Geschlecht.....	28
2.2.2	Die geschlechtlichen Interaktionen in den verselbstständigten Strukturen.....	36
2.3	Geschlechterdifferenz entlang des Werts als gesellschaftlich vermittelter Form.....	53
2.3.1	Die Struktureigenheiten der Kindesfürsorge.....	56
2.3.2	Die Kindesfürsorge als Strukturproblem wertformdominierter Wirtschaften	59
3	Unterhaltsrechtliche und steuerlichen Grundlagen der Geschlechterdifferenz.....	77
3.1	Die unbezahlte Leistung und ihr indirekter Lohn: Der Familienleistungsausgleich	81
3.1.1	Der Familienunterhalt.....	84
3.1.2	Das Ehegattensplitting.....	86

3.1.3	Die Lohnsteuerklassen.....	88
3.2	Die zusätzlichen Lasten und ihr Ausgleich: Der Familienlastenausgleich.....	90
3.2.1	Der Kindesunterhalt.....	93
3.2.2	Die kindesbezogenen Freibeträge.....	95
3.2.3	Das Kindergeld und der Kinderzuschlag.....	96
3.3	Die feministische Kritik an der erwerbszentrierten Familienförderung.....	97
3.3.1	Staatliche Steuerung als Ausgangspunkt.....	100
3.3.2	Geschlechterdifferenzierung durch Tätigkeitserfahrung.....	100
4	Die methodische Anlage der Untersuchung.....	103
4.1	Die Dokumentenanalyse zur Untersuchung des Outcomes.....	105
4.1.1	Die Dokumentenauswahl und deren Analyse.....	106
4.1.2	Die Explikation von Verhaltenserwartungen durch steuerungspolitische Annahmen.....	107
4.2	Die Erhebung angeleiteter Paardiskussionen.....	109
4.2.1	Die Auswahl des Samples.....	110
4.2.2	Der Feldzugang.....	111
4.2.3	Die Entwicklung eines passenden Erhebungsinstruments.....	112
4.3	Die Aufbereitung der erhobenen Daten zur Untersuchung des Impacts.....	120
4.3.1	Die themenzentrierten Interpretationen zur Analyse der Daten.....	121
5	Verschiedene Perspektiven auf staatliche Steuerungsstrategien zur elterlichen Arbeitsteilung.....	127
5.1	Der Outcome: Die in die Gesetze eingeschriebenen Steuerungsziele.....	128
5.1.1	Die Reduzierung der bedarfsgebundenen Transferleistungen.....	133
5.1.2	Der Ausbau von Lohnersatzleistungen und Steuerfreibeträgen.....	134
5.1.3	Die Etablierung eines personenbezogenen Dienstleistungssektors.....	135

5.2	Der monetäre Bedeutungsverlust familienpolitischer Leistungen.....	136
5.2.1	Die steuerpolitischen Konsequenzen für arbeitsteilige Arrangements	137
5.2.2	Steuerungspolitische Annahmen zum Bedeutungsverlust familienpolitischer Leistungen	139
5.3	Die Reihung ausgewählter Elternpaare entlang der Einkommenshierarchie.....	141
5.3.1	Das Elternpaar Ariane und Arne Arnold.....	146
5.3.2	Das Elternpaar Beatrice und Benedikt Betgen.....	147
5.3.3	Das Elternpaar Cornelia und Conrad Clinker.....	148
5.3.4	Das Elternpaar Donatha und Dorian Donnert.....	149
5.3.5	Die strukturellen Ausgangsbedingungen im Paarvergleich.....	150
5.4	Der Impact: Beurteilung der familienpolitischen Leistungsansprüche	151
5.4.1	»Es besteht keine Chance für 'nen Mann.«.....	152
5.4.2	»Das wird halt beim Einkommen von den Kindern angerechnet.«	162
5.4.3	»Wenn sie jetzt arbeiten gehen würde, dann würd' es nicht mehr so viel bringen.«.....	168
5.4.4	»Aber das unterstützt ja gar nichts zum Lebensunterhalt, das kostet nur viel.«.....	178
5.4.5	»Das bekommste nur, wenn du arbeitest.«.....	190
5.5	Outcome und Impact: Die große Bedeutung geringer finanzieller Anreize.....	194
5.5.1	Die erste steuerpolitische Annahme: Wenn Väter »zu kurz kommen«.....	195
5.5.2	Die zweite steuerpolitische Annahme: Wenn Mütter sich »das gönnen«.....	202
5.5.3	Die dritte steuerpolitische Annahme: Wenn's »irgendwie leichter wird«.....	215
5.6	Umdeutungen und Verschleierung.....	222
5.6.1	Finanzielles Kalkül als dominanter Argumentationsstrang.....	224
5.6.2	Wenn aus einer Diskriminierung ein Privileg wird.....	226
5.6.3	Die Inszenierung des aktiven Selbst.....	227

6	Elternschaft im Kapitalismus: Potenziale und Dilemmata staatlicher Steuerung.....	229
6.1	Reaktionen auf den Autonomieverlust.....	229
6.2	Geschlecht in der staatlichen Steuerung.....	232
6.3	Von Dilemmata im Kapitalismus und Reformversuchen.....	234
	Literatur.....	237
	Dank.....	249

1 Einleitung

1.1 Elternschaft: Zwischen romantischen Visionen und kapitalistischer Realität

Die Elternzeit gemeinsam auf einer kanarischen Insel verbringen, auf dem Spielplatz in der Sonne entspannt einen Latte macchiato trinken, leichte Joggingeinheiten mit dem Kind im sportlichen Buggy – Elternschaft ist etwas Schönes, das man sich gönnt! Doch die romantischen Visionen, mit denen Eltern nach wie vor ins Familienleben starten, zerplatzen regelmäßig wie Seifenblasen, die auf den harten Boden der kapitalistischen Realität fallen. Die Arbeitsteilung im Anschluss an die Familiengründung produziert Unzufriedenheit. Dies wird in den Medien, in Freundeskreisen und öffentlichen Auseinandersetzungen derzeit heftig diskutiert. Dabei entsteht der Eindruck, dass das Selbstverständnis, mit dem sich einst bei der Familiengründung an vorgefundenen Strukturen, Normen und Werten orientiert wurde, der Vergangenheit angehört. Die steigende Frauenerwerbsquote und die damit einhergehende Angleichung der weiblichen an die männliche Erwerbsbiografie verleihen den staatlichen Leistungsansprüchen und Dienstleistungen als Rahmenbedingungen für die Familiengründung eine nie dagewesene Prominenz. In diesem Zusammenhang genießen nicht zuletzt geschlechtliche Zuschreibungen innerhalb der elterlichen Arbeitsteilung große Aufmerksamkeit.

Elternschaft ist zu einer zentralen Arena gleichstellungspolitischer Auseinandersetzungen avanciert. Dabei bleiben jedoch deren Einbettung in das kapitalistische Wirtschaftssystem sowie dessen wertförmige Ausrichtung erstaunlicherweise unberücksichtigt. Das verwundert umso mehr, als die aus der Wertlogik resultierenden Probleme und eine daraus folgende Überforderung von Eltern ständiger Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung und medialer Berichte sind. Grund genug der Frage nachzugehen, was diese

viel diskutierte Überforderung und der mit der Familiengründung häufig einhergehende Rückzug auf eine geschlechtliche Arbeitsteilung eigentlich mit der wertformdominierten Ausrichtung unseres Wirtschaftssystems – dem Kapitalismus – zu tun haben und welche Funktion einer staatlichen Steuerung durch familienpolitische Leistungsansprüche wie beispielsweise dem Kindergeld, dem Elterngeld oder familienbedingten Steuerfreibeträgen dabei zukommt. An diesem Punkt setzt meine Studie an, indem sie die strukturierende Bedeutung sozial- und familienpolitischer Steuerungsinstrumente im Zusammenspiel mit den institutionellen Interventionen einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik in den Blick nimmt und nach den Deutungen fragt, die die darin eingebundenen Eltern bezüglich ihrer Leistungsansprüche vornehmen.

Inwiefern gehen geschlechtliche Differenzierungsprozesse im Zuge der familialen Arbeitsteilung mit der für kapitalistische Wirtschaftsweisen notwendigen Abspaltung von Fürsorge einher? Und welche Funktion kommt dem Staat und seinen Steuerungsinstrumenten als vermittelnder Instanz zwischen der Wirtschaft und der familialen Arbeitsteilung zu? Da staatliche Steuerungsstrategien auf bestimmte Handlungsweisen zielen, ist entscheidend, wie die Leistungs- und Dienstleistungsansprüche von den Handelnden wahrgenommen werden. Erst durch das Verständnis und die Interpretation der adressierten Eltern werden diese wirkmächtig. Ob der Effekt eines Steuerungsinstrumentes mit der Funktionsabsicht des Gesetzes korrespondiert, ist also von dem Verständnis und der Interpretation der Adressierten abhängig. Auf welche Steuerungswirkung beziehen sich junge Eltern, wenn sie im Anschluss an die Familiengründung eine Arbeitsteilung arrangieren? Welche Bedeutung schreiben sie den Strategien zu und wie deuten sie deren Steuerungsabsicht?

Im Zuge der Familiengründung stellen sich Paare meist das erste Mal die Frage, welcher Elternteil in welchem zeitlichen Umfang einer Erwerbstätigkeit nachgehen wird und wer wie viel Zeit in die Versorgung des Kindes investiert. Da mit der Geburt von Kindern Fürsorgeverpflichtungen entstehen, durch die die Arbeitskraft jenseits des Arbeitsmarktes gebunden wird, werden junge Eltern in besonderer Weise zum Steuerungsziel staatlicher Interventionen. Sozial- und familienpolitische Leistungsansprüche setzen Zeit zur Kindesfürsorge jenseits von Lohnarbeit frei. Dadurch entstehen Handlungsmöglichkeiten für die elterliche Arbeitsteilung. Für die Nutzung der eröffneten Handlungsmöglichkeiten ist die Interpretation der staatlichen Leistungen von zentraler Bedeutung. Eine solche Interpretation

entsteht in der Paarbeziehung interaktiv – also indem sich das Paar auf eine Bedeutung verständigt – zum Beispiel, wenn Einigkeit darüber besteht, dass das Elterngeld als anteilige Lohnersatzleistung ausschließlich der Mutter zusteht, da das väterliche Einkommen als Familieneinkommen gilt. Deutlich wird hier, wie durch die interaktive Herstellung einer Deutung finanzielle Anreize und Dienstleistungen, aber auch Sanktionierungen eine gewisse Eigendynamik erhalten. Diese wirkt sich wiederum auf die Arrangements zu einer Arbeitsteilung zwischen den Eltern aus. Insofern entsteht die Arbeitsteilung als ein Resultat der Bedeutung, die die Eltern intersubjektiv herstellen. Die Bedeutungszuschreibung macht dann die familienpolitischen Leistungsansprüche als ein zentrales staatliches Instrument zur Steuerung innerfamiliärer Arbeitsteilung wirkungsmächtig, strukturiert die elterliche Arbeitsteilung und konstruiert auf diese Weise Geschlechterdifferenz. Entsprechend den partnerschaftlichen Arrangements zur Arbeitsteilung sammeln Männer und Frauen bestimmte Tätigkeitserfahrungen im Erwerbsleben oder bei der Betreuung, Erziehung und Fürsorge des Kindes, durch die ihre Deutung der Geschlechterdifferenz bestätigt oder verändert wird. Verallgemeinert sich die geschlechtliche Zuschreibung einer Tätigkeit – weil Paare sich bei ihrer Arbeitsteilung gerne aufeinander beziehen und erprobte Konzepte anderer imitieren – wirkt sie nicht nur auf die eigene Beziehung zurück, sondern verselbstständigt sich auch als Wesenseigenschaft und wird zu einem strukturierenden Geschlechtsmerkmal. So gilt heute Fürsorglichkeit als eine weibliche Eigenschaft. Dieser Zuschreibung entsprechend sammeln Männer und Frauen im Alltag bestimmte Tätigkeitserfahrungen, durch die ihre Deutung der Geschlechterdifferenz und der damit einhergehenden Eigenschaften wiederum bestätigt oder verändert wird. Obgleich die Zuteilung von Tätigkeiten durch die Subjekte gemäß ihrer Vorstellung von geschlechtlicher Differenz vorgenommen wird, kommen ihre Vorstellung und Deutungen vor dem Hintergrund der dominierenden Wirtschaftsweise sowie ihrer sozial- und familienpolitischen Ausgestaltung zustande. Wirtschaft und ihre rechtlichen Rahmenbedingungen wirken also »nicht unabhängig von sozialen Prozessen, Interaktionen und den sich ergebenden sozialen Konstellationen« (Ostner/Schumann 2011: 293).

Die Frage, welche Bedeutung den staatlichen Steuerungsinstrumenten für die Arbeitsteilung von Eltern im Zuge der Familiengründung zugeschrieben wird, stellt ein Forschungsdesiderat dar, das einzig durch die Untersuchung mehrerer Ebenen bearbeitet werden kann. Voraussetzend, dass

Geschlechterdifferenzierungen maßgeblich auf der Ebene der Paarbeziehung und ihrer Arbeitsteilung entstehen, jedoch in ökonomische und wohlfahrtsstaatliche Rahmenbedingungen eingebettet sind, ist ein direkter Zusammenhang zwischen Mikro- und Makroebene nicht ohne Weiteres herzustellen. Die Schwierigkeiten, die mit einer Verknüpfung der beiden Ebenen einhergehen, scheinen insofern eine plausible Erklärung zu sein, weswegen die Bedeutungen, welche junge Eltern den familienpolitischen Leistungen zuschreiben, sowie die Umgangsweisen, welche aus den Beurteilungen resultieren, im Rahmen qualitativer Studien bislang kaum erforscht wurden.

Der in bisherigen Wirkungsanalysen häufig angenommene Determinismus, nach dem sich die staatliche Steuerungsfunktion unmittelbar auf die Handlungen der Mütter und Väter auswirkt, greift zu kurz. Einschlägige Wirkungsanalysen haben die Bedeutung einer steuerungspolitischen Maßnahme bislang mehrheitlich allein anhand von quantitativen Einflussfaktoren, beispielsweise auf das Haushaltseinkommen von Paaren, untersucht und von hier aus deren Bedeutung für die von den Paaren gelebten Arrangements der Arbeitsteilung abgeschätzt. An prominenter Stelle verfolgte diesen Ansatz eine vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) gemeinsam in Auftrag gegebene Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland. Die Evaluation fragt nach der Wirkung der wichtigsten Leistungen auf die Ziele einer nachhaltigen Familienpolitik.¹ Obgleich die Evaluation der Einsicht folgt, dass für eine wirkungsorientierte Familienpolitik die Errechnung des fiskalischen Volumens der Leistungen nicht ausreicht, wird den Deutungen der Eltern und der damit einhergehenden Wirkungsweise kaum Beachtung geschenkt.² Wirkung wird hier mit der Inanspruchnahme gleichgesetzt. Die Analyse von Nutzungsmustern bleibt auf die Kindesbetreuung sowie auf die Strategien der Altersvorsorge beschränkt, anstatt die möglicherweise eigensinnige

1 Erstmals wurde im Zuge dieser Auftragsforschung »eine systematische und umfassende Wirkungsanalyse der wichtigsten ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen durchgeführt« (Heimer u. a. 2016: 2).

2 So wird argumentiert wird, dass die Ergänzung der quantitativen um qualitative Methoden eine »deutlich genauere Erfassung des »Akzeptanzbildes« im Sinne von Begründungen, Deutungsmustern und erklärenden Hintergrundinformationen« biete, dementsgegen fokussieren die Ergebnisse der Gesamtevaluation jedoch darauf, »die Bekanntheit, Bewertung und Inanspruchnahme der ehe- und familienbezogenen Leistungen durch unterschiedliche Familientypen« zu ermitteln (Heimer u. a. 2016: 31).

Bedeutung, die die Leistungsberechtigten den Leistungsansprüchen zuschreiben, zu berücksichtigen. Deutungen, die junge Eltern in Bezug auf familienpolitische Leistungen vornehmen und die daraus resultierenden Umgangsweisen wurden weder in dieser noch in anderen Studien untersucht und stellen insofern eine Forschungslücke dar, auf deren Bearbeitung die nachfolgende Untersuchung zielt.

1.2 Methodik der Untersuchung

Das dafür entwickelte Forschungsdesign ermöglicht es, Wirkungszusammenhänge transparent zu machen, indem die Deutungen, die junge Eltern familienpolitischen Leistungen zuschreiben, herausarbeitet werden und darauf fokussiert wird herauszustellen, wie sich dieser Prozess in unterschiedlichen Handlungen widerspiegelt. Da wenig darüber bekannt ist, wie die staatliche Steuerung tatsächlich das Handeln von Eltern beeinflusst, erfordert die Verknüpfung von Makro- und Mikroebene besondere methodische Herangehensweisen. So ist das methodische Vorgehen darauf ausgerichtet, die Struktur- und die Handlungsebene miteinander zu vermitteln, um die paarinternen in Interaktionsprozessen hergestellte, jedoch strukturell gestützte Herstellung geschlechtlicher Differenz in der Phase der Familiengründung herauszuarbeiten. Entsprechend liegt der Fokus der Betrachtung auf den angesprochenen Wirkungszusammenhängen und der empirischen Exploration der Deutungen von familienpolitischen Leistungsansprüchen. Um den Zusammenhängen auf unterschiedlichen Ebenen Rechnung zu tragen und die Steuerungswirkung auf die elterliche Arbeitsteilung zu untersuchen, wird mithilfe eines Mehrebenendesigns eine Politikfeldanalyse durchgeführt. Die Implementierung familienpolitischer Instrumente wird an verschiedenen zeitlichen Abschnitten des Politikprozesses auf deren Steuerungswirkung hin untersucht. Über den steuerungspolitischen Outcome der Gesetzesänderungen können die Berechtigungsmodalitäten sowie die Ausschüttung monetärer Mittel erste Aufschlüsse erbringen.

Den Fokus zunächst auf die Makroebene richtend, wird nach der steuerungspolitischen Wirkung der familienpolitischen Leistungsansprüche gefragt: Wie wirkt sich eine familienpolitische Gesetzesänderung unmittelbar auf die monetäre Allokation aus und wie könnte dies die Arbeitsteilung einkommensschwacher Eltern beeinflussen? Dazu werden mithilfe einer

Dokumentenanalyse die Modifikationen, die sich bei der Vergabe familienpolitischer Leistungen durch die Gesetzesänderungen im Zeitraum von 2003 bis 2009 ergeben haben, herausgearbeitet. Da sich diese in der Ausschüttung monetärer Mittel materialisieren, zeigt sich, wer zu welchen Leistungen in welcher Höhe berechtigt ist. Auf diese Weise werden erste Aufschlüsse über eine steuerungspolitische Wirkungsweise ermöglicht. Um die Makroebene der veränderten Leistungsansprüche und ihren Einfluss auf die Arrangements zur Arbeitsteilung mit der Mikroebene der tatsächlichen Arbeitsteilungsarrangements zu verbinden, werden anschließend die Ergebnisse der Gesetzesanalyse als steuerungspolitische Annahmen zusammengefasst. Die steuerungspolitischen Konsequenzen, die sich durch die Gesetzesänderungen und die damit einhergehenden veränderten Leistungsbezüge für die jungen Eltern nach der Geburt des ersten Kindes ergeben, stehen dabei im Vordergrund. In einem zweiten Schritt wird das langfristige Ergebnis der steuerungspolitischen Wirkungsweise untersucht und der Frage nachgegangen, wie die Leistungsansprüche von den jungen Eltern verstanden werden. Dazu wird eine Methode zur angeleiteten Paardiskussion entwickelt, die es erlaubt, die sozial- und familienpolitischen Leistungsansprüche als abstrakte Anreize zu einer Arbeitsteilung auf die alltägliche Ebene der Paarbeziehung und den von der Familie gelebten Alltag zu übertragen. Dabei ist interessant, welche Deutungsmuster in Bezug auf wohlfahrtsstaatliche Transformationen aufseiten der Adressierten zu finden sind und welche Handlungsstrategien junge Eltern im Umgang mit staatlichen Steuerungsinstrumenten individuell und innerhalb der familialen Lebensformen entwickeln. Die aus den angeleiteten Paardiskussionen gewonnenen Ergebnisse werden mittels steuerungspolitischer Annahmen aus der Gesetzesanalyse methodisch und konzeptionell auf die Neujustierung bezogen und damit die Mikroebene der gelebten Arbeitsteilung erneut mit der Makroebene verbunden.

1.3 Aufbau der Untersuchung

Das *zweite Kapitel* betrachtet die Bedeutung staatlicher Steuerungsstrategien für die Konstituierung geschlechtlicher Differenz nach der Familiengründung, also das Zusammenspiel von Struktur- und Handlungsebene. In *Kapitel 2.1* werden die bisher defizitäre Konzeptualisierung von Vermittlungs-

zusammenhängen zwischen Struktur und Handeln in der Geschlechterforschung und damit der Forschungsbedarf skizziert. Gerade eine formanalytische Herangehensweise eignet sich, einen solchen Vermittlungszusammenhang theoretisch herzustellen und auch Handlungstheorien zur interaktiven Herstellung von Geschlechterdifferenz in die Überlegung einzubeziehen. In *Kapitel 2.2* werden Theorien zur interaktiven Herstellung von Geschlecht ausgeführt und das Konzept der geschlechtlichen Vergesellschaftung durch Tätigkeit erörtert. Abschließend wird in *Kapitel 2.3* auf Basis der vorherigen theoretischen Überlegungen ein Theoriegerüst entwickelt, in das die nachfolgende, mehrere Ebenen einbeziehende empirische Untersuchung der Bedeutung familienpolitischer Leistungen eingeordnet wird.

Das *dritte Kapitel* dient der Skizzierung der grundlegenden familienpolitischen Umverteilungsstrategien in Deutschland zum Zeitpunkt der Untersuchung. Dabei stehen deren Auswirkungen auf die elterliche Sphärentrennung im Fokus. Es werden zum einen der Familienleistungsausgleich, durch welchen die Leistung des Kindesbetreuenden Elternteils einkommenssteuerrechtlich anerkannt wird, und zum anderen der Familienlastenausgleich, durch welchen die finanziellen Lasten des Barunterhalts für Kinder steuermindernd ausgeglichen werden, in ihren Funktionen als handlungsleitende Steuerungsinstrumente reflektiert.

Im *vierten Kapitel* wird die Methodik der Untersuchung beschrieben. Das für eine Mehrebenenanalyse erforderliche Methodensetting erlaubt es, sowohl den Outcome als auch den steuerungspolitischen Impact der familienpolitischen Gesetzesänderungen in Bezug auf die Arbeitsteilung der jungen Eltern zu untersuchen. Sowohl Makro- als auch Mikroebene werden dabei in die analytische Betrachtung einbezogen. Die Untersuchungsinstrumente der Dokumentenanalyse und der angeleiteten Paardiskussion werden vorgestellt, wobei hier jeweils die Auswahl des Untersuchungsgegenstandes sowie die Auswertungs-, Aufbereitungs- und Auswertungsmethode begründet und skizziert werden. Da die sozial- und familienpolitische Steuerungsfunktion umso weniger greift, je geringer die von einer gewissen Einkommensstärke abhängige Partizipation ist, ist die Aushandlung um die verbleibenden Leistungsansprüche in einkommensschwachen Familien besonders aufschlussreich. Aus dieser Überlegung erfolgt die Auswahl der Elternpaare anhand ihrer Berechtigung zu familienpolitischen Leistungen. Aus zehn Paardiskussionen mit zwanzig Elternteilen werden einer maximalen Kontrastierung folgend themenzentriert die Deutungsmuster rekonstruiert.

Das *fünfte Kapitel* widmet sich der Vorstellung der im Rahmen der Untersuchung gewonnenen Ergebnisse, wobei entsprechend der im methodischen Forschungsdesign angelegten Mehrebenenanalyse die Ergebnisse anhand der verschiedenen Perspektiven auf staatliche Steuerungsstrategien zur elterlichen Arbeitsteilung vorgestellt werden. Herausgearbeitet werden die Wirkungsweisen familienpolitischer Leistungen, sowohl was den Outcome als auch was den Income bezüglich der Arrangements zur Arbeitsteilung junger Eltern angeht.

Im *sechsten Kapitel* werden die Forschungsergebnisse bewertet, in den derzeitigen Forschungsstand eingebettet und Herausforderungen für die Gestaltung staatlicher Steuerungsinstrumente beschrieben.

2 Die Bestimmung der Form zur Analyse von Tätigkeit

Die Frage, in welcher Weise Subjekte in den sie umgebenden Strukturen handeln und dabei die strukturellen Verhältnisse ausgestalten, ist für die Analyse von Geschlechterverhältnissen ausgesprochen bedeutsam.³ Die Geschlechterforschung hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, den Beziehungen »zwischen der Struktur einer Gesellschaft, dem Handeln ihrer Mitglieder und der Bedeutung, die Geschlecht für ein soziales Gefüge [...] hat, auf die Spur zu kommen« (Bereswill 2008: 99). Zu diesem Zweck müssen »die Regeln und Organisationsprinzipien aufgedeckt werden, durch welche Frauen und Männer als soziale Gruppen, nicht als Individuen, gesellschaftlich zueinander ins Verhältnis gesetzt werden« (Becker-Schmidt/Knapp 1995: 16). Da diese »Regeln und Organisationsprinzipien« historisch und regional erheblich variieren, können Geschlechterverhältnisse lediglich für einen bestimmten Zeitraum und Ort konkretisiert werden. Begreifen wir Geschlechterverhältnisse als die institutionalisierte Form von Geschlechterdifferenzierungen, die Subjekte durch ihre interaktiven Arrangements in Austauschverhältnissen erzeugen, können wir deren Konstituierung in Beziehungen, die als privat gelten, nachvollziehen. Insbesondere Paarbeziehungen, in die ein erstes Kind geboren wird, erlauben einen Einblick in die Konstituierung von Geschlechterdifferenzierung, da sich in der Familien Gründungsphase die Arrangements zur Arbeitsteilung herausbilden und sichtbar wird, in welcher Weise sich die Subjekte dabei an vorgefundenen Strukturen orientieren. Um die zentralen Austauschverhältnisse zu analysieren, durch die Subjekte zur Begründung von Arrangements der Arbeitsteilung miteinander in Verbindung treten, scheint mir ein ökonomietheoretischer Zugang geeignet zu sein (Rauschenbach 2012: 15), wobei ich unter den

3 Unter Geschlechterverhältnissen wird hier mit Regina Becker-Schmidt das Ensemble von Geschlechterarrangements verstanden, »in denen Frauen und Männer durch Angleichung ihrer gesellschaftlichen Wertigkeit sozialer Status und gesellschaftliches Ansehen zugemessen wird« (Becker-Schmidt 2003: 16).

Begriff der Ökonomie sämtliche Interaktionen subsumiere, die zur Hervorbringung, Erhaltung und Wiederherstellung der Lebens- und Arbeitskraft von Subjekten beitragen und damit einhergehend alle zu diesem Zweck erforderlichen Beziehungen und Verkehrsformen beinhalten.⁴ Dabei beziehe ich mich auf Alain Lipietz, der Ökonomie als eine gesellschaftliche Veranstaltung begreift, die innerhalb des Feldes aller sozialen Beziehungen und innerhalb eines komplexen Netzes gesellschaftlicher Verhältnisse stattfindet (Lipietz 1998: 12).⁵ In diesen Beziehungen gestalten Subjekte die historisch-spezifischen ökonomischen Verhältnisse aus, in denen sie handeln, leben und arbeiten, füreinander sorgen, denken und fühlen. Sie stellen die ökonomischen Verhältnisse aber gelegentlich auch infrage, beispielsweise wenn sie sich den bestehenden Rahmenbedingungen widersetzen. Auf diese Weise bringen sie durch ihr konfliktives soziales Handeln sowie durch ihre Arrangements zur Arbeitsteilung und ihre alltägliche Lebensweise ökonomische Verhältnisse hervor, verändern diese oder schreiben sie fort. Entsprechend tragen die Subjekte durch ihre Lebens- und Handlungsweisen zu einer Verallgemeinerung bei oder verhindern diese. Da die Subjekte im Kapitalismus allerdings nicht direkt, kollektiv und bewusst die Verhältnisse aushandeln, in denen sie leben und ihren Alltag bestreiten möchten, ist der Vorgang der Verallgemeinerung einer Lebensweise komplex. Obwohl die Subjekte sich in ihren Wirtschafts- und Lebensweisen unentwegt aufeinander beziehen, sind die Handlungsweisen, mit denen sie in Austausch treten, nicht aufeinander abgestimmt. Da die Verallgemeinerung einer Lebensweise erst dadurch eintritt, dass zahlreiche Subjekte zeitgleich und unabhängig handeln, ist den Einzelnen nicht unmittelbar bewusst, dass sie selbst dazu beigetragen haben, eine Handlungsweise zu verallgemeinern. Der gesamte Vermittlungsprozess bis hin zur Institutionalisierung einer veränderten Lebensweise

4 Unter den Begriff der Wirtschaft fasse ich dementsprechend alle Aufwendungen, die zur Unterhaltung des menschlichen Lebens notwendig sind, ich verwende die Begriffe Ökonomie und Wirtschaft insofern synonym.

5 Ein entscheidender Vorteil der regulationstheoretischen Perspektive auf Ökonomie, wie sie von Alain Lipietz vertreten wird, ist ihre ganzheitliche Betrachtungsweise sozialer und ökonomischer Prozesse. Joachim Hirsch (1994: 159) weist jedoch darauf hin, dass eine solche Sichtweise die Verselbstständigung ökonomischer Prozesse gegenüber den gesellschaftlich handelnden Akteuren vollständig außer Acht lässt, obwohl sich wertformdominierte Ökonomien gerade durch diese auszeichnen. Daher ist es mit regulationstheoretischen Ansätzen nur sehr begrenzt möglich, mikrogesellschaftliche Veränderungen, Prozesse und Dynamiken zu analysieren.

bleibt ein »unsichtbarer Mechanismus«, er vollzieht sich, wie es Karl Marx ausgedrückt hat, »hinter dem Rücken« der Subjekte (MEW 23: 59). Die verallgemeinerten Praxen verselbstständigen sich und treten den Subjekten dann als äußerliche und damit fremde, objektive Form gegenüber. Und das, obwohl sie selbst es waren, die zu ihrer Verallgemeinerung beigetragen haben.

Verallgemeinert sich eine individuelle Lebensweise zu einer hegemonialen Praxis, indem eine zunehmende Anzahl von Subjekten ihre Gewohnheiten verändert, schlägt Quantität in Qualität um und wird hierüber zum relevanten Einflussfaktor für die Ökonomie.⁶ Werden die Handlungsweisen als verallgemeinerte Praxen schließlich in Gesetzestexte überführt, erscheinen sie den Subjekten als Sachzwang, dem sie sich fügen müssen, und somit als äußerliches Zwangs- und Gewaltverhältnis (Hirsch 1995: 18). Diesem müssen sich auch jene fügen, die sich der Verallgemeinerung einer bestimmten Handlungsweise bislang widersetzt haben. Dennoch ist dieser offen zutage tretende Zwang für die Analyse von Geschlechterverhältnissen weniger bedeutsam als die allmähliche Veränderung und Verselbstständigung der Handlungsweisen und der damit einhergehenden materiellen Zwänge: Die zahlreichen verallgemeinerten Handlungsweisen haben für die Paare eine Orientierungsfunktion bei der Organisation und Ausgestaltung des Alltags, auf die die Agierenden gerne zurückgreifen, da die Orientierung an der allgemein praktizierten Lebensweise im Gegensatz zu der Alternative, jede Handlungsweise für sich selbst zu erproben, eine enorme Erleichterung bietet. Das Wissen, dass viele andere so handeln wie man selbst, lässt zudem das Risiko geringer erscheinen, dass es sich bei der entsprechenden Handlungsweise um eine nicht konforme, unerwünschte, gefährliche oder gar mit negativen Sanktionen verbundene Umgangsweise handelt. Insofern hat die »unproblematische Zuordnung zu einem Geschlecht [...] vor allem einen sozial entlastenden Effekt. Die über das Geschlecht vermittelte Form der Zugehörigkeit geschieht automatisch und stellt keine eigene Entscheidung dar, weswegen man dafür auch nicht verantwortlich gemacht werden kann« (Gildemeister/Hericks 2012: 274).

Daraus schließe ich, dass die Umgangsweisen, die Subjekte bei der Bewältigung des Alltags wählen, keinesfalls als individuelle Präferenz interpretiert werden können, sondern mit den gesellschaftlichen Verhältnissen verbunden sind. Betrachten wir Gesellschaft als ein »relationales Gefüge« (Knapp 2008: 142), so zeigt sich, dass auf der Ebene der gesellschaftlichen

⁶ Im Umkehrschluss scheint es jedoch nicht sinnvoll, die »abweichenden Handlungen [die] erforderlich sind, um eine Struktur zu verändern«, zu quantifizieren (Löffler 2011: 152).

Verhältnisse Strukturierungsprozesse stattfinden, die für das soziale Verhalten bestimmte Wahrnehmungs- und Handlungsmöglichkeiten bereitstellen, an denen sich die Subjekte bei der Ausgestaltung ihres Alltags sowie ihrer Arbeitsteilung orientieren. Die konkreten Handlungen der Subjekte wiederum beeinflussen die gesellschaftlichen Verhältnisse. Unter Berücksichtigung dieser Korrelation vollzieht sich Gesellschaftlichkeit nicht »hinter dem Rücken« der Subjekte, sondern bei genauerer Betrachtung »durch sie hindurch, da die sozialen Formen die Wahrnehmungen und Handlungsorientierung der Individuen in einer von diesen nicht durchschaubaren Weise prägen« (Genetti 2010: 42). Als Teil dieses gesellschaftlichen Ordnungsgefüges entstehen Geschlechterverhältnisse nicht zufällig, sondern sie sind in entsprechende Relationen eingebettet, wobei jedes Subjekt mit anderen Subjekten sozial verbunden ist. Strukturierungen stellen sich in letzter Konsequenz also aus einer sozialen »Verbundenheit aller mit allen her« (Becker-Schmidt 2003: 4). Wollen wir die Handlungen der Subjekte verstehen, müssen wir sie also auf die in den strukturellen Rahmenbedingungen kenntlich werdenden verallgemeinerten Praxen beziehen, die die möglichen Handlungen der Subjekte bestimmen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass Institutionalisierungsprozesse keineswegs das bloße kontingente Ergebnis von Handlungen sind, sondern das sie immer auch dem Zwang der Strukturen unterliegen. Wie aber tritt das Subjekt in Verbindung zu den anderen Subjekten und welche Rolle spielen die strukturellen Rahmenbedingungen bei der Konstituierung von Geschlechterdifferenz im Zuge der alltäglichen Arbeitsteilung junger Eltern?

2.1 Der Forschungsbedarf

Die Frage nach der Verbindung zwischen den Subjekten wurde bislang mehrheitlich auf der Mikroebene beantwortet, während die strukturellen Rahmenbedingungen den Forschungsgegenstand makrostruktureller Untersuchungen bildeten. Hinsichtlich ihrer forschungsleitenden Perspektive wurde die aktuelle Geschlechterforschung dementsprechend insofern kritisiert, als die »beiden Ebenen, die subjekttheoretische und die gesellschaftstheoretische«, nicht hinreichend miteinander verbunden worden seien (Soiland 2013: 94). So sei die Auffassung etabliert worden, dass nur im Rahmen empirischer Befragungen herausgefunden werden könne, in welcher Weise